

# Komitee Kein Bildungsabbau

Postfach 330, 4127 Birsfelden, Tel. 061 313 09 22, Fax 061 313 09 80, E-Mail: kein-Bildungsabbau@gmx.ch

---

## Pressekonferenz vom 30.6.2011

Jürg Wiedemann (Landrat Grüne)

### Einleitung

Mit 24 Sparmassnahmen will die Regierung im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 Kostenreduktionen im Umfang von rund 31 Millionen Franken erzielen. Viele dieser Massnahmen liegen im Kompetenzbereich der Bildungsdirektion oder des Regierungsrates und müssen deshalb nicht vom Landrat abgesegnet werden. Fünf Sparmassnahmen fallen aufgrund notwendiger Gesetzes- oder Dekretsänderungen in die Kompetenz des Landrates.

Einige dieser 24 Massnahmen sind happig und einschneidend. Sie bedeuten einen deutlichen Bildungsabbau, der inakzeptabel ist und langfristig Mehrkosten in anderen Bereichen verursacht, z.B. im Sozialbereich. Betroffen ist u.a. die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS), welche abgeschafft werden soll. Das dadurch erzielte Sparvolumen beträgt gemäss Bildungsdirektion 600'000 Franken.

In den letzten 14 Tagen hat sich ein breites überparteiliches Personenkomitee gebildet, mit dem Ziel, die KVS mittels kantonaler Initiative zu retten. Im Initiativkomitee vertreten sind nahezu alle Parteien und ebenso viele Parteilose aus der Wirtschaft und dem Bildungsbereich, aber auch direkt betroffene Personen und zahlreiche besorgte Eltern.

### Redner/-innen der Pressekonferenz

- Jasmin Vogel besuchte 2008/09 die KVS in Reinach. Sie absolviert zurzeit die Berufslehre als medizinische Praxisassistentin.
- Peter Engel ist seit 2009 Schulleiter der Kaufmännischen Vorbereitungsschule (KVS) und der Wirtschaftsmittelschule (WMS). Er unterrichtet an diesen Schulen seit über 20 Jahren.
- Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin SP.
- Christine Mangold ist alt Landrätin der FDP. Sie war Fraktionschefin und Mitglied der BKSK.
- Jürg Wiedemann ist Landrat der Grünen.

### Initiative

Wir lancieren heute eine nicht formulierte kantonale Initiative mit folgendem Wortlaut:

*„Im Kanton Baselland wird eine kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) geführt, um auch den schulisch schwächeren Jugendlichen einen besseren Zugang zu einer kaufmännischen Ausbildung zu ermöglichen.“*

Damit möchten wir die Abschaffung der KVS verhindern. Diese Initiative ist notwendig und legitim:

1. Die KVS ist eine Erfolgsschule. 95 Prozent finden eine sinnvolle Anschlusslösung: Viele durchlaufen erfolgreich eine Berufslehre oder treten in eine weiterführende Schule (meist WMS) über. Wird den Abgänger/-innen der Sekundarschulen diese Ausbildungsmöglichkeit entzogen, so sind die Folgekosten im Sozialbereich enorm und um ein Vielfaches höher als die 600'000 Franken, die jetzt durch die Abschaffung der KVS möglicherweise eingespart werden.
2. Bereits vor wenigen Jahren versuchte die Baselbieter Regierung im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) Kostensenkungen von rund 130 Millionen in allen Direktionen zu erzielen. Mehrere Millionen davon sollten in der Bildung eingespart werden. Das Volk hat damals die Bildungs-Sparmassnahmen an der Urne deutlich abgelehnt und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass ein Bildungsabbau zu Lasten der Schüler/-innen nicht akzeptiert wird. Mit dem erneuten Ver-

such im Bildungsbereich Kosten in zweistelliger Millionenhöhe einzusparen, missachtet die Regierung diesen klaren Volkswillen.

3. In den letzten Jahren hat die Volksschule und teilweise die direkten Anschlusschulen den Gürtel enger schnallen müssen. Sie sind teilweise wie eine Zitrone ausgepresst worden, um die immer grösser werdenden Begehrlichkeiten der FHNW und Universität zu finanzieren. Es hat eine deutliche Umverteilung der finanziellen Mittel stattgefunden. Langfristig leidet darunter die Volkswirtschaft.
4. Das heute bestehende Finanzloch ist hausgemacht. Infolge happiger Steuersenkungen für Unternehmen, ungenügender gemeinsamer Spitalplanung mit Basel-Stadt und überteuerter Grossprojekte in der Vergangenheit ist ein strukturelles Finanzloch entstanden. Verantwortlich dafür sind die Regierungsräte der letzten Jahre, die ihre Hausaufgaben nicht oder nur ungenügend gemacht haben. Es ist nicht opportun, jetzt dieses Versäumnis den heutigen Jugendlichen und damit der folgenden Generation aufzubürden. Genau das aber nimmt die Gesamtregierung mit zahlreichen Sparübungen im Bildungsbereich in Kauf.

(es gilt das gesprochene Wort)